

Sachsensumpf: Juristin klagt auf Schmerzensgeld

Dresden. In Sachsen hat eine ehemalige Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes das Land auf 150000 Euro Schmerzensgeld verklagt. Das bestätigte ein Justizsprecher am Mittwoch. Die Beamtin wirft dem Landesamt vor, bei den Ermittlungen in der sogenannten Sachsensumpffaffäre ihre Gesundheit geschädigt zu haben. Sie sei trotz Krankheit befragt und unter Druck gesetzt worden. Die Juristin war als Referatsleiterin für Organisierte Kriminalität zuständig und maßgeblich für Dossiers verantwortlich, in denen es um kriminelle Netzwerke in Sachsen ging. Externe Prüfer behaupteten dann, es handele sich lediglich um eine Sammlung von Gerüchten. Gegen die Beamtin wird wegen Verleumdung und Verfolgung Unschuldiger ermittelt. (AP/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/135294.sachsensumpfjuristin-klagt-auf-schmerzensgeld.html>